

Prof. Dr. J. Schnell
Generalleutnant a.D.
Militärökonomie und Streitkräftenmanagement

Universität der Bundeswehr München
Werner-Heisenberg-Weg 39
D-85577 Neubiberg



UNIVERSITÄT
DER BUNDESWEHR
MÜNCHEN
FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTS- UND
ORGANISATIONSWISSENSCHAFTEN

privat:

Weinbergstraße 12
53 177 Bonn- Bad Godesberg
Tel./ Fax: 0 228- 9 32 44 40

April 1999

Allgemeine Entwicklungstendenzen im internationalen System

Gliederung

1. Dynamik demographischer Entwicklungen
2. Weltwirtschaft, Globalisierung und Interdependenzen
 - 2.1. Globales Wachstum und Welt-Bruttosozialprodukt
 - 2.2. Globalisierung
 - 2.3. Wohlstand
 - 2.4. Interdependenzen, Akteure und Gewichtsverschiebung in der Weltwirtschaft
3. Technischer Fortschritt, Ökologie und Ressourcen
 - 3.1. Technischer Fortschritt
 - 3.2. Ökologie und Ressourcen
4. Ideologie und soziokulturelle Werte
5. Sicherheit und sicherheitspolitische Akteure
 - 5.1. Kriegshäufigkeit
 - 5.2. Militärausgaben, Machtveränderungen und Akteure
 - 5.3. Rüstungskontrollabkommen, Rüstungsexport und Proliferation
6. Gesamtperspektiven

1. Dynamik demographischer Entwicklung

Die Weltbevölkerung befindet sich in einer anhaltenden Phase des Wachstums. Zwar sinken die Geburtenraten, dennoch wächst die Weltbevölkerung schneller als je zuvor. Sie nimmt jährlich um ca. 85 Millionen zu. Gegenwärtig leben etwa 5,8 Milliarden Menschen auf der Welt. Diese Zahl wird bis 2025 auf voraussichtlich über 8 Milliarden ansteigen. In den kommenden 50 Jahren - bis 2050 - wird sich die Weltbevölkerung nahezu verdoppeln, wobei die Bandbreite der Schätzwerte zwischen 8 und 12 Milliarden liegt.

Infolge der regional sehr unterschiedlichen Geburtenrate werden sich die regionalen Anteile an der Weltbevölkerung erheblich verschieben. So wird etwa der Bevölkerungsanteil Nordamerikas und der EU weiter sinken und zusammen weniger als 10% der Weltbevölkerung betragen. Leicht steigende Tendenzen im asiatischen Raum (einschließlich Indien) werden dazu führen, daß dort etwa die Hälfte der Weltbevölkerung leben wird. Die mit Abstand größten Wachstumsraten weisen die Entwicklungsländer auf. Regional wächst die Bevölkerung Afrikas mit jährlich 2,8% am schnellsten.

Wichtige Einzeltendenzen der demographischen Entwicklung sind Verstädterung und Verschiebung im Altersaufbau. In wenigen Dekaden wird deutlich mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten leben. Der Trend zu Megastädten mit mehr als 10 Millionen Einwohnern hält an. Weit überwiegend liegen diese Städte im küstennahen Bereich. Die Zahl der Millionenstädte wird sich mehr als verdoppeln.

Die Verschiebungen im Altersaufbau sind regional gegenläufig. Während in den westlichen Industrieländern der Anteil der über 65-jährigen erheblich - etwa auf bis zu 20% - ansteigt, wächst in den Entwicklungsländern der Anteil der Altersgruppe zwischen 15 und 60 Jahren. In Afrika, Asien und Lateinamerika werden absehbar mehr als 1 Milliarde Menschen zusätzliche Arbeitsplätze suchen.

Insgesamt lassen die demographischen Entwicklungstendenzen erhebliche Gewichtsverlagerungen im internationalen System sowie eine Verschärfung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme erwarten.

2. Weltwirtschaft, Globalisierung und Interdependenzen

2.1. Globales Wachstum und Welt- Bruttosozialprodukt

Das globale Wachstum der Weltwirtschaft ist - ähnlich wie das Wachstum der Weltbevölkerung - durch inhomogene Tendenzen gekennzeichnet.

Auch wenn die langfristige Wachstumsrate des Welt- Bruttosozialprodukts mit absehbar über 3% über derjenigen der Weltbevölkerung liegt und von daher theoretisch eine stetige Zunahme des Welt- Wohlstandes möglich erscheint, sprechen die Trends gegen die Vermutung weltwirtschaftlicher Harmonisierungen. Zu erwarten sind eher konfliktträchtige Machtverschiebungen und Disparitäten.

Gegenwärtig beträgt der Anteil Nordamerikas und der EU am Welt-BSP etwa 55%. Dieser Anteil dürfte bis 2025 auf deutlich unter 50% sinken. Dagegen ist - trotz der gegenwärtigen ökonomischen Schwierigkeiten - mit einer ständigen Vergrößerung des asiatischen Anteils am Welt-BSP zu rechnen. Im Lauf der nächsten Dekaden ist zu erwarten, daß auf diese drei Regionen etwa 70% des Welt-BSP entfallen, von denen in der Größenordnung etwa 20% jeweils Nordamerika und der EU und etwa 30%

der asiatischen Region zuzuordnen sind. Die globalen Entwicklungslinien des Welt-BSP sprechen deshalb für eine triadische Struktur der Weltwirtschaft, die aus diesen drei Regionen besteht und innerhalb derer sich die Gewichte stärker in den asiatischen Raum verlagern.

In den übrigen Regionen sind unterschiedliche Trends festzustellen. Absehbar ist eine weitere Marginalisierung Afrikas, während Lateinamerika und Indien ihre Welt-BSP-Anteile tendenziell erhöhen. Das ökonomische Gewicht Russlands dürfte selbst bei deutlichen Erfolgen in den Reformbemühungen relativ weiter abnehmen.

Die Verknüpfung von globalen demographischen und ökonomischen Trends läßt eine regional unterschiedliche Dynamik der Wohlstandsentwicklungen erwarten, die in einem engen Zusammenhang mit der ökonomischen Globalisierung stehen.

2.2. Globalisierung

Die globalen Trends im Wachstum der Weltwirtschaft sind auf das engste mit einem erheblichen Strukturwandel der Weltwirtschaft verbunden, dessen wesentliches generelles Kennzeichen die Zunahme grenzüberschreitender ökonomischer Transaktionen und Verflechtungen ist. Dieser Prozeß hat sich seit den 80er Jahren erheblich beschleunigt und wird auf absehbare Zeit die Entwicklung des internationalen Systems maßgeblich beeinflussen.

Die Wirkrichtungen dieses Prozesses sind dabei sehr unterschiedlich. Im Ganzen gesehen umfaßt er zwei gegenläufige Haupttendenzen. Einerseits verstärken sich die Tendenzen zu einer starken globalen Vernetzung und Vereinheitlichung, andererseits wachsen im gleichen Maße Tendenzen zur Regionalisierung, Differenzierung und Fragmentierung.

Diese beiden Haupttendenzen reflektieren sich in unterschiedlichen Einzeltendenzen.

Mit Abstand am weitesten vorangeschritten ist die globale Vernetzung der internationalen Finanzmärkte, die sich in ihrem Transaktionsmuster weitgehend von dem klassischen Handel mit Waren und Dienstleistungen gelöst haben. Das Volumen der unsichtbaren internationalen Transaktionen wie etwa der Handel mit Wertpapieren, Derivaten, Devisen und Finanzdienstleistungen übertrifft mit steigender Tendenz das Volumen des klassischen stofflichen Außenhandels um ein Vielfaches. Begünstigt wird dieser Trend insbesondere durch sich beschleunigende Fortschritte in der Informationstechnologie und Deregulierungen von Märkten. Der tägliche Umsatz auf den Finanzmärkten hat sich seit 1985 etwa verzehnfacht und nähert sich in der Größenordnung dem jährlichen deutschen Bruttosozialprodukt. Zunehmend wird die Weltwirtschaft von großen globalisierenden Kapitalströmen durchzogen, die mit oft sehr kurzfristigen und häufig auch spekulativen Dispositionen dorthin gelenkt werden, wo eine möglichst hohe Rendite zu erwarten ist. Über 60% aller weltweiten Devisentransaktionen haben eine Anlagedauer von weniger als acht Tagen.

Die Wirkungen globalisierter Finanzmärkte auf die Stabilität des internationalen Systems sind umstritten. Tendenziell überwiegen die Auffassungen, daß das Risiko destabilisierender Wirkungen größer einzuschätzen ist als die Chance stabilitätsfördernde Wirkungen. Auf allen vertikalen Ebenen des internationalen Systems nehmen deshalb die Bemühungen um stabilisierende Konzepte zu. Globale konsensfähige und konsistente Lösungen zeichnen sich jedoch nicht ab und sind auch als eher unwahr-

scheinlich anzusehen. Zu erwarten sind Differenzierungen der Strategien, die sich bei steigendem Wettbewerbsdruck vorrangig an einzelstaatlichen und regionalen ökonomischen Interessenlagen ausrichten.

Zu den wesentlichen Merkmalen der Globalisierung gehört die Zunahme multinationaler Konzerne und global vernetzter Produktionsstandorte. Die Zahl multinationaler Unternehmungen hat sich allein in den 14 größten Industrieländern seit 1970 etwa versechsfacht. Weltweit agieren etwa 40.000 Konzerne, von denen etwa die Hälfte aus den fünf Ländern USA, Japan, Deutschland, Frankreich und Großbritannien stammt. Begleitet und verstärkt wird dieser Prozeß durch die Dynamik der Direktinvestitionen, dessen Bestand zwischen 1980 und 1995 von 500 Milliarden US-\$ auf 2.700 Milliarden US-\$ stieg. Die jährlichen Direktinvestitionen haben sich im letzten Jahrzehnt vervierfacht. Dieser Trend hält an. Regional konzentrieren sich die Direktinvestitionsflüsse auf relativ wenige Länder und verbinden vor allem die OECD-Staaten. Wichtiges Zielland ist China geworden, dessen Zuflüsse sich zwischen 1990 und 1994 verzehnfacht haben. Sektoral übersteigen die Investitionen in Kapitalgüter und Dienstleistungen zunehmend die Realinvestitionen zur Ausweitung des Produktionsapparates.

Bestimmend für die Strategie multinationaler Unternehmen ist das Erzielen von Wettbewerbsvorteilen im globalen Wettbewerb. Branchenspezifisch entwickeln sich aus der Gruppe multinationaler Unternehmen zunehmend globale Unternehmen heraus, die unter Nutzung unternehmensspezifischer Vorteile weltweit regionale Unterschiede in ihr Kalkül einbeziehen und gleichermaßen auf Absatz-, Beschaffungs- und Finanzmärkten agieren. Die Ausweitung strategischer Geschäftsfelder koppelt sich dabei mit einer gleichzeitigen globalen Vernetzung der unternehmensinternen Funktionszusammenhänge. Globale Wettbewerbsvorteile korrelieren eng mit der Unternehmensgröße. Der zunehmende globale Wettbewerb verstärkt deshalb sowohl nationale als auch grenzüberschreitende wirtschaftliche Konzentrationsprozesse in Form von Fusionen, Strategischen Allianzen und ausweitenden Arrondierungen in der Wertschöpfungskette. Überwiegend richten sich diese Strategien primär auf grenzüberschreitende Konzentrationen innerhalb einer größeren wirtschaftlichen Region, von der aus dann globale Strategien weiterentwickelt werden. Möglich sind allerdings auch globale Strategien, um Vorteile gegenüber den regionalen Mitbewerbern zu erzielen.

Die Wirkung des rasch wachsenden Umfanges von multinationalen Unternehmen und globalen Standortvernetzungen ist ambivalent und - abhängig von der jeweiligen sozioökonomischen Situation der betroffenen Staaten und Regionen - unterschiedlich. Generell liegt ihre Hauptwirkung zunächst im globalen Transfer von Technologien, Managementfähigkeiten und Finanzkapital. In den durch Direktinvestitionsflüsse verbundenen Regionen glättet und vereinheitlicht sich der technische Fortschritt. Die raumzeitlichen Dimensionen des ökonomischen Strukturwandels verkürzen sich und begünstigen vor allem den Aufstieg von Schwellenländern. Multinationale Unternehmen sind schon wegen ihrer ökonomischen Interessenlage an einer sicherheitspolitischen Stabilität interessiert, die ihnen ein Agieren vor allem auf den regional verbundenen Märkten ohne Risiken gewaltsamer Konflikte erlaubt.

Andererseits darf die ökonomische und sicherheitspolitische stabilisierende Wirkung von multinationalen Unternehmen als Global Players nicht überschätzt werden. Dagegen sprechen die auch bei diesen Unternehmen weit überwiegend gegebenen Verwurzelungen in ihren Heimatstandorten und ihr zwar

zunehmender, aber keineswegs dominierender Beitrag zur volkswirtschaftlichen Gesamtleistung. Bedeutsamer ist ihre mittelbare Wirkung. Insbesondere ihre Standortentscheidungen beeinflussen die sozioökonomische Struktur der jeweiligen Gesellschaft und dort vor allem die Beschäftigungslage. Die Gefahr sozialer Destabilisierungen erhöht den Druck auf die politischen Akteure, möglichst günstige Bedingungen für den grenzüberschreitenden Wettbewerb zu schaffen. Die Verschärfung des ökonomischen Wettbewerbs bedeutet deshalb zugleich auch eine Zunahme potentieller politischer Spannungen, bei denen es - wie bei ökonomischen Wettbewerbsprozessen - zu einer verstärkten Gleichzeitigkeit von Kooperationen und Konflikten kommen dürfte.

Teil der Globalisierung sind die Entwicklungstendenzen im Welthandel. Im Gegensatz zur Entstehung eines einheitlichen globalen Finanzmarktes dominiert hier die Tendenz zur Regionalisierung bei Verfestigung der globalen Triadenstruktur.

So stieg in Westeuropa der intraregionale Handel im Zeitraum von 1960 bis 1990 von 56% auf 72%, im asiatischen Raum von 25% auf 51%. Vom gesamten Welthandel entfielen auf den intraregionalen Handel in den triadischen Schwerpunktregionen Nordamerika, EU und Japan/Ostasien 1960 44%, 1990 jedoch 63%. Der starke Anstieg des intraregionalen Handels bedeutet indessen nicht eine Abnahme, sondern lediglich ein relativ schwächeres Wachstum des Handels zwischen den Regionen. In der Tendenz gilt die Verschiebung der Gewichtung bei der weltwirtschaftlichen Triade auch für den Welthandel. So verringerte sich in den letzten Dekaden der Anteil der USA am Welthandel, während die westeuropäische Region und insbesondere die asiatische Region ihre Anteile erheblich steigern konnten. Im Vergleich der Regionen nimmt Westeuropa mit über 30% des Weltaußenhandels eine Spitzenstellung ein. Auf die USA entfallen gegenwärtig etwa 12%, während der Anteil der asiatischen Region auf über 20% gestiegen ist. Wird als Indikator die Außenhandelsquote gewählt, so ergeben sich eine gleiche Reihenfolge und analoge Entwicklungstendenzen. Entsprechend ist die Empfindlichkeit und Verwundbarkeit der USA gegenüber Störungen im Welthandel relativ am geringsten, in der westeuropäischen Region, in der Deutschland eine Spitzenstellung einnimmt, am größten.

2.3. Wohlstand

Die Wirkung der Globalisierung auf die Wohlstandsentwicklung gehört zu den vorrangigen und auch kontrovers diskutierten Problemfelder im Kontext der Globalisierung.

Werden verschiedene Länder und Staatengruppen hinsichtlich der Entwicklung ihres Bruttosozialproduktes und ihres Bruttoinlandsproduktes je Einwohner verglichen, so zeigt sich, daß sich das weltweite Wohlstandsgefälle zwischen armen und reichen Ländern mit der Beschleunigung der ökonomischen Globalisierung in den letzten Jahrzehnten nicht verringert, sondern eher vergrößert hat. Die Globalisierung hat bisher zu keiner wesentlichen Umverteilung des globalen Wohlstands geführt. Anschluß an die wohlhabenden altindustrialisierten Länder haben lediglich die Schwellenländer Ost- und Südostasien sowie die dünn besiedelten erdölexportierenden Länder gefunden.

Das klassische Nord-Südgefälle des Wohlstandes hat sich erheblich abgeschwächt und weicht einer zunehmenden regionalen und intraregionalen Differenzierung, für die das Nord-Süd-Schema nicht mehr paßt.

In vielen Entwicklungsländern der Dritten Welt wurden - oft unter dem Druck der Industrieländer - Wirtschaftsreformen eingeleitet. Überwiegend wurde das damit verbundene Ziel der Wohlstandssteigerung nicht erreicht. Insbesondere in armen Ländern nimmt die Verschuldung zu und führt zu periodisch auftretenden Schuldenkrisen. Eine Änderung dieser Tendenz ist nicht zu erwarten.

Regionale Differenzierungen kennzeichnen auch die Trends in der Ost-West-Perspektive. Zunehmend werden sich die ostmitteleuropäischen Staaten der Kernregion Westeuropa annähern und die baltischen Staaten ihre Wirtschaftsbeziehungen mit den skandinavischen Ländern intensivieren. In der europäischen Region verstärkt sich die Tendenz zu ökonomischen Subregionen, die ihre ökonomischen Interessen bündeln. In Rußland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion sind die Aussichten auf eine deutliche Wohlstandssteigerung skeptisch zu beurteilen; der Druck auf eine enge ökonomische Kooperation mit dem Westen wird auf absehbare Zeit erhalten bleiben.

Der Gesamttrend spricht nicht für eine Änderung des Armutsanteils in der Weltbevölkerung. Im wesentlichen unverändert verfügt etwa ein Viertel der Weltbevölkerung über weniger als 1 US-\$ pro Tag, gemessen in Kaufkraftparitäten. Auch die regionalen Armutsanteile haben sich nur geringfügig geändert, allerdings mit erheblichen Differenzierungen in einzelnen Staaten und Staatengruppen.

Unterschiedlich sind ebenfalls die Trends in der innergesellschaftlichen Ungleichheit zwischen Arm und Reich, für die häufig eine Kennzahl gebildet wird, die den Anteil der reichsten 20% am Gesamteinkommen in ein Verhältnis zu dem Anteil der ärmsten 20% setzt.

Gemessen an dieser Kennzahl vergrößert sich in der Weltgesellschaft die Kluft zwischen Arm und Reich. Zwischen 1960 und 1991 stieg die Kennzahl von 30:1 auf 61:1.

Auch in den westlichen Industrienationen vergrößerte sich in den letzten Dekaden bei insgesamt leicht steigendem Wohlstand der Abstand zwischen Arm und Reich. In den USA ist dieser Trend ausgeprägter als in den Ländern Mittel- und Westeuropas. Ein starkes und zunehmendes soziales Gefälle ist in Brasilien und einigen Staaten Afrikas zu beobachten, in Rußland nicht unwahrscheinlich.

Die Wirkung der Globalisierung auf die Arbeitslosigkeit wird ebenfalls kontrovers diskutiert. Unstrittig ist jedoch, daß - von wenigen Ausnahmen abgesehen - die Tendenz zu Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung weltweit zunimmt. In der EU ist die Arbeitslosenquote in den letzten Dekaden stetig auf über 10% gestiegen und zum vorrangigen sozialen Problem des ökonomischen Wandlungsprozesses geworden. Ein konsistentes europäisches Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zeichnet sich trotz einiger positiver Ansätze nicht ab. Stattdessen reagieren die Staaten mit national unterschiedlichen Strategien und verstärken so die Differenzierung.

2.4. Interdependenzen, Akteure und Gewichtsverschiebungen in der Weltwirtschaft

Interdependenzen im internationalen System haben prinzipiell eine innerstaatliche, eine zwischenstaatliche und eine vertikale überstaatliche Dimension, bei der sich nach räumlichen Zusammenhängen unterschiedliche Stufen unterscheiden lassen. Generell führt die ökonomische Globalisierung zu einer Zunahme der Interdependenzen in allen drei Dimensionen.

Auf der einzelstaatlichen Ebene wachsen Empfindlichkeit und Verwundbarkeit des sozialen und politischen Systems infolge der ökonomischen Globalisierung. Unterschiedliche Wachstumsraten in der Dy-

namik weltwirtschaftlicher Entwicklungen verschieben das wirtschaftliche Gewicht der Einzelstaaten und damit ihre Position im zwischenstaatlichen Gefüge. Zugleich erhöht sich das Gewicht nicht-politischer Akteure mit weltweiten ökonomischen Interessen bei steigendem Wettbewerbsdruck.

Die Problematik des Einzelstaates besteht vor allem darin, daß sich seine Einflußmöglichkeit auf den ökonomischen Strukturwandel abschwächt, zugleich aber seine Empfindlichkeit und Verwundbarkeit gegenüber Umbruchprozessen, die durch die Globalisierung ausgelöst werden, zunimmt.

Zur Lösung dieser Problematik und zum Erhalt ihrer Bedeutung als politischer Hauptakteur wählen die Einzelstaaten unterschiedliche Strategien, die in ihren Ergebnissen und Wechselwirkungen das zukünftige internationale System stark beeinflussen werden.

Zu den dominierenden Strategien gehört zunächst die Intensivierung der regionalen wirtschaftlichen Kooperation, die mit starken regionalen politischen Verflechtungen bis hin zu gemeinsamen politischen Institutionen verbunden ist. Vor allem für kleine und wirtschaftlich in etwa gleichwertige Staaten ist diese Strategie charakteristisch.

Für Staaten, die aufgrund der Größe ihres Territoriums, ihrer Bevölkerungszahl und ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit alle Merkmale einer wirtschaftlichen Großmacht aufweisen, ist demgegenüber eine Strategie der Festigung und Ausweitung ihrer regionalen ökonomischen Hegemonialstellung naheliegender. Eine solche Strategie wird insbesondere begünstigt, wenn kleinere, regional benachbarte Staaten aus ihrem ökonomischen Eigeninteresse heraus Anlehnung an eine wirtschaftliche Großmacht suchen.

Beide Strategien führen zu einem Aufstieg der Regionen, die kooperativ oder hegenomional strukturiert zunehmend die Rolle ökonomischer Hauptakteure einnehmen, bei denen jedoch die Einzelstaaten die Basiselemente des internationalen Systems bleiben werden. Insofern ist auch die oft geäußerte Vermutung vom Verschwinden des souveränen Nationalstaates als Folge der Globalisierung stark zu relativieren. Der Gesamttrend spricht nicht für eine solche Entwicklung, wohl aber - bei kooperativen Wirtschaftsbündnissen - für partielle Souveränitätsabgaben an regionale Regime, mit denen Verliererpositionen im globalen Wettbewerb vermieden werden sollen.

Der auffallende Trend zur ökonomischen Regionalisierung zeigt sich in der Neugründung oder Wiederbelebung von über zwanzig regionalen Wirtschaftszusammenschlüssen nach 1989/90.

Das stärkere Hervortreten der Regionen bedeutet jedoch nicht eine Tendenz zu einer harmonisierten Weltwirtschaftsordnung. Eher sind gegenläufige Tendenzen zu erwarten. Zwischen Regionen - gleichgültig, ob hegenomional oder kooperativ strukturiert - dürfte sich der Wettbewerb verschärfen, mit der zunehmend Tendenzen zu unterschiedlichen Formen des Protektionismus verbunden sein werden. So entfällt bereits gegenwärtig mehr als die Hälfte des Welthandels auf den Handel innerhalb von Freihandelszonen und Zollunionen.

Zugleich sind zwischen den einzelnen Wirtschaftsregionen Fragmentierungen von Staaten wahrscheinlich, die aus unterschiedlichen Gründen keiner weltwirtschaftlichen Großregion angehören. Hinzu kommt, daß der Homogenitätsgrad der Regionen sehr unterschiedlich ist. Im Vergleich der triadischen Regionen trifft dies insbesondere für den asiatischen Raum zu, in der das Verhältnis zwischen der wirtschaftlichen Großmacht Japan und der aufsteigenden Großmacht China noch völlig offen ist. Unklar ist

ebenfalls das zukünftige ökonomische Gewicht Indiens in dieser Region, in der insgesamt unterschiedliche Hegemonialtendenzen mit Gleichgewichtstendenzen konkurrieren.

Oberhalb der Ebene der Regionen verändert sich als Folge der Globalisierung ebenfalls die Konstellation der Akteure.

Gemeinsamkeiten im ökonomischen Status überlagern großräumig Regionen, Teile von Regionen oder auch Einzelstaaten und etablieren entsprechende Institutionen wie etwa die OECD oder die G7/G8-Gruppe. Auf der globalen Ebene erfolgt eine weitere Überlagerung durch global agierende Institutionen, zu denen vorrangig der Internationale Währungsfond und die Weltbank sowie - in eingeschränktem Maß - die Institutionen des GATT gehören, die jedoch deutlich von den westlichen Industrienationen dominiert und auch instrumentalisiert werden.

Insgesamt zeichnet sich so ein neues differenziertes und komplexes Muster unterschiedlicher Akteure der Weltwirtschaft ab.

Der Globalisierungsdruck verschiebt die Gewichte dabei vorrangig zu Regionen und wirtschaftlichen Großmächten, zwischen denen neue Kooperations- und Konfliktlinien entstehen. Die Bedeutung überregionaler ökonomischer Regime nimmt zwar zu, eine dominierende Rolle als Kristallisationskerne einer stabilen Weltwirtschaftsordnung ist jedoch von ihnen nicht zu erwarten. Die Gesamttendenz ist ein sich verschärfender Wettbewerb zwischen Regionen und wirtschaftlichen Großmächten.

Innerhalb dieser Hauptakteure dominieren gegenwärtig mit etwa gleichem Gewicht die USA und die EU, denen mit deutlichem Abstand Japan folgt. An dieser Reihenfolge wird sich - gemessen an der zu vermutenden Entwicklung ihrer Welt-BSP-Anteile - absehbar in den nächsten Dekaden keine wesentliche Veränderung ergeben. Allerdings schwächen sich die relativen Anteile der USA und der EU ab. China wird zunehmend Anschluß an die Gruppe der drei gegenwärtigen Hauptakteure finden. Scheitert die EU, so wäre eine zunehmende Marginalisierung der europäischen Einzelstaaten zu erwarten. Der globale Wettbewerb wird deshalb den Druck auf die Bildung einer politisch handlungsfähigen Europäischen Union verstärken. Für die USA ist zu erwarten, daß sie solange wie möglich bestrebt sein wird, ihr ökonomisches Gewicht als Hauptakteur auch unter Nutzung ihres global dominierenden Militärpotentials zu halten.

3. Technischer Fortschritt, Ökologie und Ressourcen

3.1. Technischer Fortschritt

Neben dem Wettbewerb gehört der technische Fortschritt zu den wichtigsten Determinanten ökonomischer Wandlungs- und Umbruchprozesse. Technische Durchbrüche und Effizienzverbesserungen werden auch zukünftig die Richtung ökonomischer und sozialer Veränderung nachhaltig beeinflussen.

An Wohlstandssteigerungen hat der technische Fortschritt den weit überwiegenden Anteil. Auszuschließen ist jedoch auf absehbare Zeit, daß die anhaltende Beschleunigung des technischen Fortschritts die globalen Armut- und Ressourcenprobleme beseitigen wird.

Für die Entwicklung des internationalen Systems ist insbesondere der rasche und teilweise revolutionäre Fortschritt in der Informationstechnologie bedeutsam, der sich mit stetigen Verbesserungen in der weiträumigen Verkehrstechnologie verbindet. Vor allem hier liegen die anhaltenden technologischen

Antriebskräfte für die Globalisierung. Bei den damit immer kürzer werdenden Raum-Zeit-Zusammenhängen hat derjenige Wettbewerbsvorteile, der die Informationsüberlegenheit gewinnt und zur raschen weiträumigen Umsetzung befähigt ist. Wissensmanagement wird deshalb zu einem wesentlichen Bestandteil des strategischen Potentials aller Akteure. Als Basis und Instrument der Beeinflussung von Einstellungen und situativen Wahrnehmungen führt Informationsüberlegenheit zugleich auch stets zu Machtvorteilen gegenüber anderen.

Ein erheblicher Teil der Infrastruktur für weiträumige Informations- und Verkehrsbeziehungen löst sich von bodengebundenen Standorten und territorialen Restriktionen. Damit steigt die Bedeutung des Luft und Weltraums. Die Fähigkeit zur Nutzung dieses Raums wird verstärkt Merkmal großer Mächte. Die modernen Informationstechnologien führen zu einer raschen globalen Diffusion von Wissen und technologischem Know-how. Dennoch haben die Regionen und Staaten Wettbewerbsvorteile, deren Ausgangsniveau an Humankapital in Form von Bildung und Wissen hoch ist und deren gesellschaftliche Strukturen die rasche Umsetzung technologischer Innovationen begünstigt. Dies spricht für eine Verfestigung der Triadenstruktur und Vorteile für Schwellenländer insbesondere in Asien, aber auch in Lateinamerika.

Die rasche Diffusion technologischen Know-hows schließt generell die Militärtechnologien ein. Vor allem informationstechnologische Entwicklungen, aber auch Fortschritt in vielen anderen technologischen Bereichen begründen die - allerdings nicht ganz unstrittige - Vermutung einer "Revolution in Military Affairs".

Die Wirkrichtungen beschleunigter militärtechnologischer Innovationen sind unterschiedlich. Steigende Entwicklungs- und Beschaffungskosten militärischer Hochtechnologie bevorteilen wirtschaftliche Großmächte und wirtschaftsstarke Regionen. Die Dynamik der ökonomischen Wandlungsprozesse mit dem relativen Auf- und Abstieg der ökonomischen Hauptakteure wird deshalb eng mit der zukünftigen Verteilung militärischer Hochtechnologie korrelieren. Andererseits stoßen auch wirtschaftliche Großmächte vor allem wegen zunehmender technologischer Innovationssprünge in kürzer werdenden Zeitintervallen sowie den Wohlstandserwartungen ihrer Bevölkerung an die Grenze des ökonomisch Machbaren. Dies läßt sowohl eine verstärkte internationale Rüstungskooperation in sicherheitspolitisch relativ homogenen Regionen als auch eine Intensivierung streitkräfteinterner Rationalisierungsstrategien erwarten. Vorrangige Ziele streitkräfteinterner Rationalisierungen werden unter dem Modernisierungsdruck des technischen Fortschritts zunehmend die Erhöhung des investiven Anteils der Verteidigungsausgaben und die generell mit dem technischen Fortschritt verbundene Substitution von Arbeit durch Kapital sein.

Zusammen mit der verstärkten Regionalisierung von Sicherheitsstrukturen ist deshalb ein zunehmender Trend zur personellen Reduzierung von Streitkräfteumfängen bei gleichzeitiger und möglichst überkompensierender Steigerung der Ausrüstungsqualität zu erwarten. In hochentwickelten Industrieländern mit empfindlichen soziokulturellen Systemen wird dieser Trend erheblich durch die Notwendigkeit unterstützt, eigene Verluste sowie Kollateralschäden zu minimieren.

Massenheere, die sich in traditioneller Weise auf die Wehrpflicht abstützen, werden an Bedeutung ver-

lieren. Bei weiträumig agierenden Industrieländern verstärkt sich der Trend, ihr Militärpotential technologisch und strukturell so auszurichten, daß auch auf entfernte Krisen rasch reagiert werden kann. Zu den Wirkrichtungen militärtechnologischer Wandlungsprozesse gehört das zu erwartende Reaktionsmuster der Verlierer im Wettbewerb um Überlegenheit in der militärischen Hochtechnologie. Als Gegenreaktion dürften sich hier die Tendenzen zu militärisch effizienten Low-Cost-Mitteln und neuen Formen gewaltsamer Konfliktlösungen verstärken. Dabei werden sich - auch im Kontext zunehmender Interdependenzen - die Grenzen zwischen Frieden und Krieg zunehmend verwischen. Der im wesentlichen in der europäischen Neuzeit entwickelte Begriff des Krieges als zeitlich und räumlich relativ klar isolierbares Instrument zwischenstaatlichen Handelns wird zukünftigen Formen gewaltsamer Konfliktlösungen und militärischer Interventionen zunehmend weniger entsprechen.

3.2. Ökologie und Ressourcen

Die übergreifenden Trends in der Weltökologie haben das Bewußtsein über die Bedeutung ökologischer Probleme verschärft und zu zahlreichen positiven Ansätzen bei der Lösung ökologischer Probleme geführt. Die Aussichten auf eine global wirksame Umsetzung - etwa nach dem Konzept der Nachhaltigkeit und des Erhalts nicht- regenerierbarer Ressourcen - sind jedoch wegen der demographischen und ökonomischen Wandlungsprozesse sowie der Verschärfung des globalen Wettbewerbs eher skeptisch zu beurteilen.

So stimmen alle Berichte über den Stand der Umsetzung der Beschlüsse des sog. Erdgipfels in Rio 1992 darin überein, daß sich die Umweltsituation trotz Fortschritten in der letzten Dekade weiter verschlechtert hat.

Global stiegen die CO₂-Emissionen ungebremst. Der Trend zum globalen Ozonabbau in der Atmosphäre hält an. Über 4 Mio. Hektar tropischer Regenwald verschwindet weiterhin jedes Jahr. Bei den Böden gehen jährlich durch Wasser- und Winderosion mindestens über 20 Mrd. t Boden verloren; Wüstenbildungen und Bodendegradation schreiten voran. In vielen Regionen ist in den letzten 150 Jahren die Hälfte des fruchtbaren Ackerlandes verloren gegangen. Die biologische Vielfalt nimmt ab.

Die Prognosen über die Wirkungen der globalen Umweltveränderungen unterscheiden sich im einzelnen. Die Gesamttendenz stimmt jedoch darin überein, daß der Bestand an natürlichen Ressourcen zunehmend gefährdet ist.

Weltweit ist - bei starken regionalen Unterschieden - die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung bei einer wachsenden Weltbevölkerung in Frage gestellt. Schätzungen vermuten, daß jährlich etwa 40 Millionen Menschen an den Folgen mangelnder Ernährung sterben. In vielen Regionen wird insbesondere Wasser zu einer kritischen Ressource.

Bei der Weltenergieversorgung sind vor allem die zeitliche Reichweite und Erschöpfung der Erdölresourcen absehbar. Die sehr unterschiedliche regionale Verteilung des Erdölbedarfs und der Erdölreserven erhöht den weiträumigen Kooperationsdruck, schafft aber zugleich erhebliche Konfliktpotentiale. Langfristig wird sich die Weltenergieversorgung verstärkt auf Kohle und die zunehmende Nutzung der Kernenergie abstützen.

Bei den bergbaulichen Rohstoffen besteht global keine Mangellage. Besonders kritische zeitliche Reichweiten sind für die nächsten Dekaden nicht erkennbar. Allerdings gewinnen auch hier ungleiche regionale Verteilungen an Bedeutung, so daß die Sicherung eines ungehinderten Zugangs zu den Rohstoffen zu den herausragenden Zielen wirtschaftlicher Großmächte und wirtschaftsstarker Regionen gehören wird. Die Rohstoffproblematik liegt ferner in den Erschließungs- und Transportkosten sowie einem umweltschonenden Umgang mit den Rohstoffen.

Generell ist eine Verschärfung der globalen Ressourcenproblematik zu erwarten, für die sich trotz der zu erwartenden technischen Fortschritte und einer Zunahme globaler Abkommen und Regime gegenwärtig noch keine Lösung abzeichnet. Ein Ansteigen ressourcenbedingter geopolitischer Konfliktpotentiale ist deshalb wahrscheinlich. Für diese Vermutung sprechen auch die starken Disparitäten im Ressourcenverbrauch, an der die Industriestaaten weit überproportional beteiligt sind. Als Faustformel gilt, daß das in den Industriestaaten lebende Fünftel der Weltbevölkerung für etwa vier Fünftel der Umweltbelastung verantwortlich ist.

Im engen Zusammenhang mit der Ressourcenproblematik steht die Migrationsproblematik. Ihre wichtigsten Ursachen sind hohes Wohlstandsgefälle, ökologische Probleme, Kriege und Bürgerkriege sowie politische Verfolgung und Vertreibung. Auch wenn die Datenlage global gesehen recht unsicher und wenig transparent ist, so ist doch ein stetig wachsendes Wanderungspotential feststellbar. Allein die Zahl der grenzüberschreitenden Flüchtlinge hat sich von 1980 bis 1995 weltweit etwa verdreifacht. Da zugleich die Zahl der wirtschaftlich motivierten Migranten zunimmt, wird sich der Migrationsdruck erhöhen, auf die alle Industrieländer mit einer Verschärfung des Einwanderungs- und Asylrechts reagierten. Die Migrationsproblematik eröffnet auch deswegen neue internationale Konfliktfelder. Dabei werden Instrumentalisierungen für politische Zwecke - etwa ethnische Vertreibungen oder auch vorsätzliche Destabilisierungen und Konfliktausweitungen im Umfeld - wahrscheinlicher. Die gelegentlich geäußerte These eines Massenansturms der Armen erscheint allerdings übertrieben.

4. Ideologie und soziokulturelle Werte

Die Globalisierung als verstärkte weltweite räumliche und zeitliche Vernetzung mit ihrer implizit gegenläufigen Tendenz zur Regionalisierung und fragmentierender Differenzierung ist nicht nur das Kennzeichen des globalen ökonomischen Strukturwandels. Sie ist zugleich für die Wandlungsprozesse in den Ideologien und soziokulturellen Werten charakteristisch, die in einer positiven Tönung auch als globaler Wettbewerb von Werten und ideologischen Grundkonzepten interpretiert werden können. Wesentliche Basis für diese Prozesse ist neben der ökonomischen Globalisierung die weltumspannend immer dichter werdende Infrastruktur von Kommunikation und Information.

Vermutungen, daß sich nach dem Kollaps der Sowjetunion und ihres Paktsystems die westlichen Grundwerte weltweit durchsetzen und die Basis für den Wertekonsens einer einheitlichen Weltgesellschaft bilden, haben sich nicht bestätigt. Stattdessen haben sich gegenläufige und ambivalente Tendenzen verstärkt. Einerseits globalisiert sich die Kenntnis und die mediale Präsenz soziokultureller Werte als immaterielle Grundlage gesellschaftlicher Ordnungen bei einem zunehmenden Konsens über die

Gültigkeit universaler Menschenrechte zumindest auf der Ebene der politischen Rhetorik. Andererseits ist nicht zuletzt wegen dieses Grundkonsenses zugleich eine zunehmende Fragmentierung zu beobachten, die kulturelle Eigenständigkeit beansprucht und diese auch politisch um- und durchsetzen will.

Beide Wandlungsprozesse stehen in einem engen Wirkzusammenhang. Die Zunahme von Interdependenzen bezieht sich deshalb nicht nur auf die ökonomischen und soziokulturellen Entwicklungstendenzen in sich, sondern vor allem auch auf die Interdependenzen zwischen diesen beiden Globalisierungslinien mit den gegenläufigen Tendenzen von Vereinheitlichung und Fragmentierung.

Konflikträchtige soziokulturelle Entwicklungstendenzen zeigen sich auf verschiedenen Stufen des internationalen Systems.

Ein erhebliches Konfliktpotential bilden auf der untersten Stufe zunächst die Ethnien als Kerne soziokultureller Fragmentierungen. Bei den etwa 5.000 Ethnien weltweit nimmt die Wahrscheinlichkeit ethnischer Konflikte zu, die als innerstaatliche oder Minderheitenkonflikte meist mit grenzüberschreitenden Interdependenzen verbunden sind. Konflikträchtige Bruchstellen liegen hier insbesondere in dem Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Integrität und Souveränität einerseits und dem Willen zu politischer Autonomie als Ausdruck ethnisch- kultureller Identität andererseits. Der Grundkonsens im Kanon der Menschenrechte verstärkt hier die Interdependenzen und setzt vor allem diejenigen Mächte unter Interventionsdruck, die sich diesen Rechten verpflichtet fühlen und deren politische Ordnung durch diese Rechte legitimiert wird.

Auf der Ebene der Einzelstaaten sind die Tendenzen inhomogen. Auf die ökonomische Globalisierung reagieren Staaten in ihren Wertvorstellungen und Normen unterschiedlich. Verwestlichungen im Sinne einer Liberalisierung der Märkte und Offenheit gegenüber technologischen Innovationen führen nicht quasi- automatisch im Verständnis die Konvergenztheorie zu einer parallelen Verwestlichung der gesellschaftlichen und staatlichen Wertvorstellungen. Den Beispielen für eine solche Parallelität – wie sie etwa in den Reformstaaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas zu beobachten ist – stehen andere Beispiele gegenüber, zu denen in erster Linie die Volksrepublik China, aber auch eine Reihe weiterer Staaten in anderen Regionen gehören.

Ökonomische Globalisierung und Verschärfung des Wettbewerbs führen zu einer neuen Gruppierung von Gewinnern und – zumindest relativen - Verlieren. Häufig verbindet sich dies mit dem Gefühl fremdbestimmter Abhängigkeiten in einer ökonomisierten Welt, die als wenig durchschaubar empfunden wird und die zugleich traditionelle Wertorientierungen auflöst. Das Reaktionsmuster auf solche Entwicklungen sind Gegen- und Alternativbewegungen, die neue Sinnstiftung und sozial verbindende Identität anbieten. Auf der einzelstaatlichen Ebene sind dies vor allem völkischer Nationalismus sowie sozialistische oder theokratische Gesellschaftsmodelle. Mit der Globalisierung ist deshalb eine verstärkte Reideologisierung verbunden, bei der autoritäre und sich von anderen abgrenzende Strömungen an Bedeutung gewinnen werden.

Der globalen Durchsetzung freiheitlich demokratischer Staatsverfassungen und rechtsstaatlicher Prinzipien stehen diese Strömungen entgegen. Von den gegenwärtig insgesamt etwa zweihundert Einzelstaaten repräsentieren weniger als die Hälfte diesen Staatstyp. Die Trends sprechen nicht für signifikante Erhöhungen.

Eine generelle Tendenz zur soziokulturellen Differenzierung ist auch auf der überstaatlichen Ebene festzustellen. Zwar ist die Existenz unterschiedlicher Kulturkreise keineswegs neu, aber im Kontext der Globalisierung und Zunahme von Interdependenzen doch eine Einflußgröße von zunehmender Bedeutung auf neue Kooperations- und Konfliktlinien im internationalen System. Diese Dimensionen zukünftiger Entwicklungen wurde insbesondere von S.P. Huntington pointiert in der zentralen These formuliert, daß die Kultur und die Identität von Kulturen in der Welt nach dem Kalten Krieg die Muster von Kohärenz, Desintegration und Konflikt prägen. Auch wenn diese These auf eine Reihe gut begründeter Einwände stieß, so zeichnen sich doch in der überstaatlichen soziokulturellen Dimension zunehmende Konfliktpotentiale ab. Die universalistischen Ansprüche des Westens auf globale Gültigkeit ihrer säkularisierten Wertvorstellungen konfliktieren in einer kleiner werdenden Welt schärfer mit Kulturen, die ihren gesellschaftlichen Ordnungen andere Wertmuster zugrundelegen.

Den schärfsten Kontrast zur säkularisierten, von den Ideen der Aufklärung geprägten Werteordnung des Westens bildet der religiöse Fundamentalismus, der sich neben dem völkischen Nationalismus als zweites wesentliches Gegenbild zur liberalen Demokratie westlichen Zuschnitts versteht. Religiöser Fundamentalismus ist dabei keineswegs auf Teile des Islam beschränkt. Antisäkulare fundamentalistische Strömungen finden sich in unterschiedlichen Schattierungen auch in anderen Kulturkreisen. Ihre Attraktivität liegt vor allem darin, daß sie ihren Anhängern sinnstiftende Orientierungen und Antworten auf die Unsicherheiten der modernen Zivilisationsdynamik geben. Im Kontext der Globalisierung lassen sich solche Strömungen sowohl zum Ausbau von Wettbewerbsvorteilen als auch zur Kompensation von Verlierer-Gefühlen nutzen, wobei derartigen Strömungen regelmäßig Tendenzen zur abgrenzenden Radikalisierung inhärent sind.

In der mittel- und langfristigen Perspektive erscheint es wenig wahrscheinlich, daß die Renaissance fundamentalistischer Strömungen lediglich ein vorübergehendes Phänomen ist. Dagegen spricht vor allem die Erfahrung, daß eine starke Ökonomisierung gesellschaftlicher Ordnungen mit sozialen Verschiebungen und Verwerfungen regelmäßig zu starken kulturellen Gegenbewegungen geführt hat, die über die einzelstaatliche Ebene hinausgehen. Die generelle Tendenz zu einer Reideologisierung dürfte deshalb anhalten.

Auf der globalen Ebene des internationalen Systems konzentriert sich die soziokulturelle Dimension zukünftiger Entwicklungen institutionell vorrangig auf die UN und substantiell auf den Bereich universaler Menschenrechte. Die Tendenz ist hier eine deutliche humanitäre Weiterentwicklung des Völkerrechts, die nach dem Ende des Kalten Krieges auch die zunehmende Bereitschaft der UN einschließt, bei massiven Menschenrechtsverletzungen gegen den Willen des betreffenden Staates zu intervenieren. Ausdruck für dieses verstärkte Engagement ist etwa die Einrichtung eines Hochkommissariats für Menschenrechte, die Stärkung der internationalen Gerichtsbarkeit und das Streben nach verfügbaren Stand-by-Forces. Dennoch wird sich die tatsächliche Durchsetzung der Menschenrechte durch die UN auch zukünftig als extrem schwierig erweisen, da dies nicht nur entsprechende Fähigkeiten voraussetzt, sondern vor allem in staatliche Souveränitätsrechte eingreift und die sensiblen interdependenten Mach-

trelationen des internationalen Systems verändert. Ungeachtet der positiven Ansätze zur Weiterentwicklung eines humanitären, global wirksamen Völkerrechts ist die Zahl der Staaten, in den Menschenrechtsverletzungen stattfinden, in den letzten Dekaden stetig gestiegen. Dies spricht für die Vermutung, daß sich bei Konflikten zwischen globalthischen Zielen und eigenstaatlichen Interessen überwiegend das staatliche Interesse durchsetzt. Die Regionalisierung läßt dabei eine Bündelung der Interessen soziokulturell verbundener Staaten erwarten, die zu entsprechenden regionalen Kooperations- und Konfliktmustern führt. Diese Muster überlagern die ökonomischen Muster sowohl mit komplementären als auch konfliktären Linien.

5. Sicherheit und sicherheitspolitische Akteure

5.1. Kriegshäufigkeit

In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts hat sich die Zahl der Kriege stetig erhöht und erreichte 1992 mit etwa 50 Kriegen und bewaffneten Konflikten einen Höhepunkt. Zwischen 1990 und 1994 befanden sich über 50 Staaten zeitweise im Kriegszustand. Von 1970 bis 1989 waren deutlich mehr als einhundert Staaten in Kriege involviert. Seit 1945 wurden insgesamt etwa 200 Kriege gezählt. In den letzten Jahren ist ein Rückgang der Kriegshäufigkeit festzustellen, der Gesamttrend bleibt allerdings offen. Eine Welt ohne Kriege und gewaltsame Konflikte bleibt auf absehbare Zeit eine Utopie.

Regional entfällt der weit überwiegende Teil der Kriege auf Asien, Afrika und den Nahen Osten. Eine relative Friedenszone bilden die OECD- Länder, von denen einige jedoch weit überproportional an Kriegen und militärischen Interventionen beteiligt waren. Staaten mit den meisten Kriegsbeteiligungen zwischen 1945 und 1996 sind Großbritannien, Indien, USA und Frankreich, gefolgt vom Irak und der Volksrepublik China.

Zwischenstaatliche Kriege als traditionelles Muster bewaffneter Konflikte im internationalen System machen weniger als ein Viertel an der Gesamtzahl bewaffneter Konflikte aus. Der weit überwiegende Teil entfällt auf Bürgerkriege und interne Kämpfe. Das größte Potential für gewaltsame Auseinandersetzungen bilden ethnische Konflikte.

5.2. Militärausgaben, Machtveränderungen und Akteure

Die Tendenz in der Entwicklung der einzelstaatlichen Militärausgaben ist unterschiedlich und gegenläufig. Weltweit sind die Militärausgaben seit 1987 und nach dem Ende des Kalten Krieges um etwa ein Drittel gesunken. Der weit überwiegende Teil dieses Rückganges der Militärausgaben entfällt auf die ehemaligen Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes und auf die NATO- Staaten. Die Tendenz dieses Rückganges schwächt sich allerdings zunehmend ab. Gegen den allgemeinen Trend steigen die Militärausgaben in der Region Asien, Pazifik und in Südasien; sie erhöhten sich von 1985 bis 1995 um ein Viertel bzw. ein Drittel. In anderen Regionen sind die einzelstaatlichen Tendenzen inhomogen und oft noch unklar. Abhängig von ökonomischen und situativen politischen Entwicklungen erhöhen oder senken die Einzelstaaten ihre Militärausgaben. Unter den Einzelstaaten geben die USA – gemessen in absoluten Zahlen und Wechselkursparitäten – mit Abstand am meisten für militärische Zwecke aus.

Auch wenn die Messung der einzelstaatlichen Aufwendungen für ihr Militärpotential mit erheblichen methodischen Problemen verbunden ist, verdeutlichen die Zahlen doch die generellen Trends für die kommenden Dekaden.

Die Verlagerung von Interessen und Macht im weltwirtschaftlichen Gesamtsystem verschiebt generell in korrespondierender Weise die Sicherheitsinteressen und Machtverhältnisse im internationalen System.

Ökonomische Wandlungsprozesse führen regelmäßig zum Auf- und Abstieg von Mächten, wobei wirtschaftliche Macht und militärische Macht eng korrelieren.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion ist wesentlich, allerdings nicht nur auf die zunehmenden Disparitäten zwischen diesen beiden Fundamentalkategorien des internationalen Systems zurückzuführen.

Die Rekonstruktion der globalen Machtverhältnisse nach dem Ende des Kalten Krieges ähnelt in vielen Zügen den weltwirtschaftlichen Strukturierungsprozessen im Kontext der Globalisierung.

Auf der globalen Ebene des internationalen Systems wächst die Bedeutung der UN, ohne daß damit die Perspektive eines dominierenden Hauptakteurs der Weltpolitik verbunden ist.

Basiseinheiten bleiben – allerdings in veränderten Rollen – die Einzelstaaten, von denen einige als Großmächte auf allen vertikalen Stufen des internationalen Systems einflußreich präsent sind.

Auf der einzelstaatlichen Ebene werden die USA ihre Rolle als herausragender politischer Hauptakteur behalten. Ihre spezifische Position im internationalen System ist dabei durch gegenläufige Tendenzen gekennzeichnet. Zu erwarten ist, daß sie ihre militärische Überlegenheit durch waffentechnologische Entwicklungen ausbaut. Als einzige globale militärische Supermacht verfügen die USA über die Fähigkeiten zum weltweiten militärischen Machteinsatz. Auch wenn dies zunehmenden Begrenzungen unterliegen wird, ist die Tendenz zur globalen militärischen Machtverteilung eher unipolar. Demgegenüber schwächt sich die globale wirtschaftliche Hegemonialposition der USA infolge der ökonomischen Wandlungsprozesse weiter ab und weicht einer ökonomischen Multipolarität mit neuen aufsteigenden Akteuren und verschärftem globalen Wettbewerb. Die Vermeidung von Disparitäten zwischen diesen gegenläufigen Tendenzen wird zu einem wesentlichen und konstanten Bestandteil der amerikanischen Strategie gehören. In der Gesamttendenz bleibt es bei der zentralen Position der USA im internationalen System, aber mit einem relativ abnehmenden Gewicht.

Zu den aufsteigenden einzelstaatlichen Großmächten zählen voraussichtlich in erster Linie die Volksrepublik China und – mit Einschränkungen – Indien. Das politische Gewicht Rußlands im internationalen System dürfte mittel- und langfristig wieder zunehmen. Seine Rolle als politischer Hauptakteur stützt sich im wesentlichen auf sein nukleares und konventionelles Militärpotential, auf die Größe seines Territoriums und seiner Bevölkerung sowie auf die spezifischen Merkmale seiner geostrategischen Lage, durch die es kontinentübergreifend mit unterschiedlichen Regionen verbunden ist. Auch wenn die politische, wirtschaftliche und ideologische Zukunft offen ist, erscheint eine Rückkehr zur alten dominierenden Position ausgeschlossen.

Japan bleibt politischer Hauptakteur im asiatischen Raum und globaler ökonomischer Akteur. Als

Nicht- Nuklearmacht und zur Ausbalancierung des aufsteigenden Chinas wird es seine engen Beziehungen zu den USA grundsätzlich beibehalten und gegebenenfalls ausbauen.

Das politische Gewicht der europäischen Mittelmächte als Einzelstaaten wird im globalen internationalen System weiter abnehmen. Die Perspektive eines globalen politischen Hauptakteurs öffnet sich nur im Rahmen einer Europäischen Union. Bedeutsam bleibt allerdings die Sonderrolle Frankreichs und Englands als Nuklearmächte mit ständigem Sitz im UN- Sicherheitsrat. Deutschland wird seine wirtschaftlich starke Position halten. Seine doppelte politische Einbindung in die EU und in die NATO liegt nicht nur im Interesse Deutschlands selbst, sondern auch im grundsätzlichen Interesse der anderen Mitgliedsstaaten, wobei deren Motive im einzelnen unterschiedlich sind. Deutschlands gestiegene einzelstaatliche Verantwortung, aber auch seine zunehmenden globalen Interessen werden auf absehbare Zeit im Rahmen dieser beiden Einbindungen wahrgenommen werden. Diese beiden Einbindungen sind insbesondere wegen der französischen Position zur Rolle der USA in Europa nicht spannungsfrei. Es wird jedoch im vitalen Interesse Deutschlands bleiben, diese Spannungen zu mildern und auszugleichen.

Analog zur ökonomischen Regimebildung ist die auffallendste sicherheitspolitische Tendenz die Herausbildung und Veränderung von Sicherheitsstrukturen zwischen der Ebene der Einzelstaaten und der globalen Ebene.

Diese Tendenz zeichnete sich bereits in den 70er Jahren ab und verstärkte sich mit der Abschwächung und dem Ende der Bipolarität, zu deren Auflösung sie beitrug.

Exemplarisch für die zunehmende Bedeutung großräumiger Kooperationsstrukturen ist die KSZE (jetzt: OSZE), die an Einfluß weiter gewinnen wird. Eine politisch dominierende Rolle als Hauptakteur ist von derartigen großräumigen Strukturen jedoch genausowenig zu erwarten wie von der UN. Beiden mangelt es insbesondere an eigenständigen wirtschaftlichen und militärischen Ressourcen sowie Strukturen, die eine rasche einheitliche Willensbildung unter ihren Mitgliedsstaaten mit meist divergierenden Interessen erlauben. Ihre wesentlichen Funktionen werden sich auch zukünftig in erster Linie auf völkerrechtliche Legitimierung, Schlichterrollen, Koordination und Transparenz auf der Grundlage eines jeweils notwendigen Konsenses beschränken. Wesentlich bleibt die Funktion als verhandlungspolitische Foren. Im Rahmen dieser Funktionen und Bedingung wird ihr Gewicht im internationalen System insbesondere infolge der zunehmenden globalen Interdependenzen zunehmen.

Zu den Trends bei den großräumigen und kontinentüberschreitenden Kooperationsstrukturen zählt ebenfalls die Zunahme strategischer Allianzen, Kooperationen und Partnerschaften, die auch hier dem Muster globaler ökonomischer Verflechtungen ähneln, allerdings dabei den Stabilitätsaspekt stärker akzentuieren. Gemeinsam sind beiden Mustern Kalküle der Beteiligten, die sich auf Positions- und Machtverschiebungen beziehen oder darauf reagieren. Ihre dauerhaft bindende Wirkung sollte auch deshalb nicht überschätzt werden.

Auf der regionalen Ebene ist die dominierende Tendenz die Intensivierung regionaler Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen. In der mittel- und langfristigen Entwicklung dürfte diese Tendenz die zukünftigen globalen sicherheitspolitischen Strukturen und die Zukunft von Bündnissystemen am stärksten beeinflussen. Im Trend ist dabei zu erwarten, daß die sicherheitspolitische Regionalisierung der ökonomischen

mischen Regionalisierung folgt.

Prototyp einer solchen Entwicklung ist die EU, die sich von einer Wirtschaftsgemeinschaft hin zu einer politischen Union mit zunehmender, allerdings immer noch recht labiler verteidigungspolitischer Identität entwickelt. Wesentlich unterstützt wird dieser Prozeß durch zahlreiche bi- und multilaterale Kooperations- und Integrationsansätze innerhalb Europas, die multinationale militärische Großverbände einschließen.

Die politische und ökonomische Regionalisierung Europas beeinflusst die Struktur der transatlantischen Bindungen innerhalb der NATO. Tendenziell ist eine Lockerung dieser Bindungen mit zunehmenden Reibungsflächen sowohl im ökonomischen als auch im soziokulturellen Bereich sowie bei sicherheitspolitischen Grundpositionen zu erwarten. Konfliktäre Positionen zeichnen sich etwa hinsichtlich der Rolle der UN und des weltweiten Einsatzes von militärischen Fähigkeiten ab. Andererseits dürfte bei allen Mitgliedsstaaten dennoch das Interesse am Zusammenhalt dieses Bündnisses deutlich überwiegen. Dafür spricht nicht nur die gemeinsame Grundbasis soziokulturelle Werte und die nuklearstrategische Position der USA, sondern auch das gemeinsame Interesse am Erhalt eines hohen Wohlstandsniveaus angesichts der Risiken globaler sozioökonomischer Umbruchprozesse bei relativem Rückgang der Anteile dieser beiden Regionen am Welt- Bruttosozialprodukt und an der Weltbevölkerung.

Allerdings ist zu erwarten, daß die Formen des Militäreinsatzes der NATO inhomogener werden und stärker die jeweiligen Interessenlagen von Mitgliedsstaaten bzw. Gruppen von Mitgliedsstaaten reflektieren. Neben geschlossenen Einsätzen der NATO als Ganzes werden voraussichtlich zunehmend Einsatzformen treten, die im wesentlichen von den USA, von der EU/ WEU oder auch spezifischen ad-hoc- Koalitionen innerhalb des NATO- Rahmens und ggf. unter Einbeziehung von Nicht- Mitgliedsstaaten getragen werden.

Welche dieser Einsatzformen dominiert, wird vor allem davon abhängen, ob die EU die Fähigkeit zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gewinnt und in welchem Ausmaß sich ihre Positionen hinsichtlich eines globalen Einsatzes militärischer Fähigkeiten der amerikanischen Position annähert. Langfristig sind beide Entwicklungslinien wahrscheinlich, allerdings mit erheblichen einschränkenden Unterschieden bei den Zielsetzungen weiträumiger militärischer Interventionen. Erkennbar liegen hier potentielle Bruchstellen des NATO- Bündnisses, ein Auseinanderbrechen ist jedoch sehr unwahrscheinlich. Für diese Vermutung sprechen auch die absehbaren internen Strukturentwicklungen der EU, die das insgesamt zunehmende Gewicht Europas relativieren. Begrenzende Faktoren bleiben neben der kooperativ- föderativen Struktur der EU, die prinzipiell erhebliche Räume für Interessendivergenzen und – konflikte offen lassen wird, die – auch zukünftig – nicht problemfreie Konsensbildung der führenden europäischen EU- Staaten sowie der militärtechnologische Rückstand gegenüber den USA. Insgesamt wird es dabei bleiben, daß der Erhalt der NATO zu den vitalen Sicherheitsinteressen des weit überwiegenden Teiles der EU- Staaten gehört.

Die USA ihrerseits wird auch langfristig aus ihrer politischen, ökonomischen und geostrategischen Interessenlage heraus ein vitales Interesse am Erhalt der NATO behalten. Zu erwarten sind deshalb als Folge der Veränderungen im internationalen System spannungsträchtige Anpassungsprozesse in der

NATO, zu denen auch Lockerungen im Bündniszusammenhalt als Ganzes gehören können, nicht jedoch ein gänzlich AUSEINANDERBRECHEN.

Insgesamt zeichnen sich für das zukünftige Muster des internationalen Systems regionale Schwerpunkte ab, die hinsichtlich ihrer internen Machtrelationen unterschiedlich strukturiert sind und bei denen sich in einer groben Unterteilung Gleichgewichtssysteme, hegemonial strukturierte und kooperativ-föderativ organisierte Regionen unterscheiden lassen.

Zu den eher labilen Gleichgewichtssystemen gehören Ostasien mit der VR China, Japan und der um Indochina erweiterten ASEAN sowie der Nahe und Mittlere Osten. Im weiteren Sinne ist hierzu auch der größere Teil Nordafrikas zu zählen. Hegemoniale Strukturen zeigen sich in Nordamerika mit dem Schwerpunkt USA, am Indik mit der Vormacht Indien, aber auch im südlichen Afrika mit der Republik Südafrika und im osteuropäischen/ mittelasiatischen Raum mit Rußland. Exemplarisch für eine eng kooperativ-föderativ organisierte Region ist West-/ Mitteleuropa mit dem Zentrum der EU. Eher kooperativ ist auch Südamerika mit Brasilien und Argentinien organisiert.

Mit diesem Muster sind unterschiedliche Konfliktpotentiale verbunden. Konflikte können insbesondere in der Zwischenzone zwischen Regionen und in Regionen mit labilen Gleichgewichtssystemen entstehen. Im näheren und weiteren strategischen Umfeld Europas zählen dazu vor allem der Nahe/ Mittlere Osten und Zentralasien. In beiden Regionen ist auch wegen ihrer Erdölreserven das Konfliktpotential besonders ausgeprägt. Zwischenzonenkonflikte sind ferner in den baltischen Staaten und an der südosteuropäischen Peripherie nicht gänzlich auszuschließen. In der nordafrikanischen Region ist kein Trend erkennbar, der diese Region umfassend stabilisiert.

Konfliktpotentiale in hegemonial strukturierten Regionen entstehen dann, wenn die Hegemonialpositionen Gegenmachtbewegungen auslösen oder die Hegemonie labil ist. Eine solche Konstellation ist für den südasiatischen Raum nicht unwahrscheinlich, aber auch bei Rußland und der GUS nicht auszuschließen. Schließlich wird es auch zukünftig in vielen Regionen und Subregionen beim Wettbewerb um Hegemonialpositionen bleiben.

Die Wahrscheinlichkeit interregionaler Konflikte und großer, kontinentübergreifender Kriege dürfte abnehmen. Großräumige Kooperationen, die die Regionen überlagern, werden hier stabilisierend wirken. Die Gesamttendenz spricht eher für eine Zunahme kleinerer und mittlerer Kriege, denen jedoch wegen der vielfältigen zunehmenden Interdependenzen stets das Risiko einer Ausweitung immanent ist.

Durchzogen wird dieses regionale Muster von Konfliktpotentialen durch die generell konfliktträchtigen demographischen Entwicklungslinien sowie knapper werdende Ressourcen und ideologische Antagonismen.

Im Verhältnis von äußerer Sicherheit zu innerer Sicherheit werden Regionalisierung und Globalisierung die wechselseitige Abhängigkeit erhöhen. Dafür spricht vor allem die grenzüberschreitende Verknüpfung einzelstaatlicher Subsysteme, die interne Sicherheitsprobleme rasch horizontal und vertikal transferiert. Ausdruck dieser Tendenz ist die zunehmende Problematik der transnationalen Kriminalität in ihrer organisierten Form sowie der Transfer ethnischer Konflikte in andere Staaten, dessen politische

Instrumentalisierung leichter wird. Gleiches gilt für verschiedene Formen des Terrorismus, für den die moderne Zivilisationsinfrastruktur anfälliger wird.

5.3. Rüstungskontrollabkommen, Rüstungsexport und Proliferation

Einen spezifischen Aspekt der Entwicklung des internationalen Systems bilden Rüstungskontrollabkommen, Rüstungsexport und Proliferation.

Die Entwicklung bei den Rüstungskontrollabkommen weist starke regionale Unterschiede auf. Während in Europa mit dem KSE- Vertrag umfangreiche konventionelle Abrüstungsschritte erreicht wurden, gibt es in der übrigen Welt keine ähnlich umfassenden Reduzierungstendenzen. Die Perspektive, weltweit KSE- ähnliche Abrüstungsabkommen zu etablieren, ist wenig realistisch. Zunehmen dürfte dagegen der Trend zu Arrangements zwischen konkurrierenden Großmächten, durch die Gleichgewichtsstrukturen stabilisiert oder militärische Spannungen abgebaut werden sollen. Beispiele hierfür sind etwa das Grenzabkommen zwischen China und Indien von 1993 oder die russisch- chinesischen Vereinbarungen über den Grenztruppenabbau seit 1992/93.

Rüstungsexport und Waffenhandel sind - im wesentlichen im Zusammenhang mit dem Ende des Kalten Krieges – weltweit stark gesunken. Seit 1987 ging das Volumen des internationalen Waffenhandels um etwa die Hälfte zurück. Zugleich wurden auf verschiedenen Stufen des internationalen Systems seit 1990 verstärkt Maßnahmen zur Beschränkung von Waffenexporten getroffen.

Ob dies die Zahl gewaltsamer und bewaffneter Konflikte deutlich senken wird, bleibt abzuwarten. Stabilitätsfördernden Wirkungen stehen auch gegenläufige Tendenzen entgegen. So sind bisher alle Versuche, die Ausfuhr konventioneller Waffen in Staaten der Dritten Welt zu unterbinden, im wesentlichen gescheitert. Insbesondere Staaten, die unter starkem ökonomischem Druck stehen und exportfähige Waffen produzieren – wie gegenwärtig etwa Rußland -, werden auch zukünftig als Anbieter weltweit auftreten. Hinzu kommt verstärkend, daß viele Entwicklungsländer bereits selbst über ausgebaute moderne Rüstungsindustrien verfügen. Dies relativiert nicht nur die Wirkung von Exportkontrollen in derartigen Ländern, sondern wird vermutlich auch die Zahl der Anbieter erhöhen. Überwiegend wird sich dies auf technisch nicht besonders anspruchsvolle Waffen beziehen. Eindeutig rückläufig ist der Trend beim Export von konventionellen Großwaffen.

Neben den ökonomischen Motiven bleiben auch politische Ziele für den Rüstungsexport bedeutsam. Dazu zählen vorrangig das Gewinnen und die Sicherung von Einflußzonen sowie das Herstellen von militärischen Machtgleichgewichten. Rüstungsexporte können insofern sowohl destabilisierend als auch stabilisierend wirken. Ihre Instrumentalisierung zu jeweiligen offensiven oder defensiven politischen Zwecken ist auch zukünftig zu erwarten. Die Regionalisierung wird generell den Trend zu intra-regionalen Rüstungsk Kooperationen mit entsprechenden Exporten und Importen verstärken.

Einschränkend auf wirksame Rüstungsexportkontrollen bleibt die Dual- Use- Problematik, die durch die ökonomische Globalisierung eher verschärft wird.

Bei den ABC- Waffen wurde das internationale Regime zur Verhinderung einer Proliferation umfas-

send weiterentwickelt. Dies schließt seit 1987 auch die Technologie für Mittel- und Langstreckenraketen ein. Dieser Trend zum Ausbau formaler Kontrollregime dürfte auch deswegen anhalten, weil hier die Interessen der Nuklearmächte übereinstimmen. Ob die tatsächliche Eindämmung gelingt, bleibt allerdings fraglich. Gegenläufige Tendenzen ergeben sich im Bereich der A- Waffen aus der unvermeidbaren Proliferation des Know- Hows zur Herstellung solcher Waffen, der weltweit zunehmenden Nutzung der Kernenergie und der nur begrenzt lösbaren Kontrollproblematik. In der letzten Dekade hat eine Reihe von Staaten versucht, in den Besitz nuklearer Waffen zu gelangen: Insbesondere unter dem Druck der USA konnte dies überwiegend verhindert werden. Ob dies auch zukünftig gelingen wird, bleibt offen. Drei Atommächte – Indien, Pakistan und Israel – sind unverändert keine Vertragsparteien. Prinzipiell wird der Interessengegensatz zwischen Nuklear- und Nichtnuklearmächten hinsichtlich des Abbaus von Atomwaffen anhalten.

Bei den biologischen und chemischen Waffen hat sich die Zahl der Staaten, die über solche Waffen verfügen oder dies anstreben, seit dem Ende der siebziger Jahre auf über dreißig verdoppelt. Entgegenwirken sollen dieser Tendenz vor allem die UN- Konventionen über biologische und chemische Waffen von 1992/1993. Auch hier bestehen bei der Umsetzung jedoch erhebliche Probleme. Die Verifikation ist technisch schwierig und wird durch Fortschritte in der Chemie und Gentechnik sowie durch die Dual- Use- Problematik weiter erschwert. Die Herstellung von chemischen und biologischen Waffen stellt im Vergleich zu Nuklearwaffen geringere technologische Anforderungen und ist mit erheblich geringerem Aufwand verbunden. Ein Unterlaufen von Verträgen ist leichter möglich. Eine weltweit weitere Verbreitung von biologischen und chemischen Waffen dürfte daher kaum zu verhindern sein.

6. Gesamtperspektiven

Die allgemeinen Entwicklungstendenzen lassen weder eine Welt nach der von Kant formulierten Einheitsvision noch einen Zerfall in anarchisch rivalisierende Einzelstaaten erwarten. Der Haupttendenz zur vereinheitlichenden Globalisierung ist die gegenläufige Haupttendenz zur Regionalisierung, Differenzierung und Fragmentierung immanent. Beide Haupttendenzen zeigen sich in gegenläufigen Einzel-tendenzen.

Wesentliche Wirkkraft im Prozeß der Neustrukturierung des internationalen Systems bleibt die kompetitive Natur von sozialen Gruppen, Staaten und Mächten mit ihren wesentlichen Ausformungen als Hegemonialstreben und Gegenmachtbildungen. Kooperationen und Konfrontationen folgen vorrangig dem Kalkül und der jeweiligen Rationalität der Akteure.

Allerdings ändern sich in der Gesamtperspektive die Bedingungen, unter denen diese Kräfte zur Wirkung kommen. Dazu zählen in erster Linie die Verkürzung der raum- zeitlichen Zusammenhänge infolge der Globalisierung und der zunehmende Druck demographischer und ökologischer Entwicklungen, der insgesamt den Wettbewerb um knapper werdende Ressourcen und ihre Verteilung verschärft. Zu den zukünftig bedeutsamen Bedingungen gehören die Zunahme von Interdependenzen mit höheren Empfindlichkeiten und Verwundbarkeiten sowie die Beschleunigung des technischen Fortschritts mit seiner stets ambivalenten Wirkung. Unter diesen Bedingungen sind Reideologisierungen und verstärkte ideologische Antagonismen wahrscheinlich.

In der Gesamtperspektive ist ein komplexes Muster des internationalen Systems zu erwarten, in dem zwar die Einzelstaaten als Basiseinheiten erhalten bleiben, aber neue und veränderte Strukturen auf der überstaatlichen Ebene an Bedeutung zunehmen werden. Herausbilden werden sich vor allem Regionen mit unterschiedlichen internen Machtstrukturen. Überlagert werden die Regionen von großräumigen und globalen Regimen und Vereinbarungen, die zwischen den Regionen vermitteln und Interessen abstimmen. Einzelstaatliche Großmächte werden auch zukünftig global oder regional dominierende Positionen einnehmen. Dieses Muster wird wegen seiner horizontalen und vertikalen Komplexität durch den Begriff der Multipolarität nur begrenzt erfaßt.

Der gesamte Prozeß der Neustrukturierung des internationalen Systems wird mit seiner inhomogenen Dynamik zu neuen Kooperations- und Konfliktlinien führen. Auch hier ist weder ein harmonischer Entwicklungspfad noch ein reiner Kampf um das Überleben zu erwarten. Allerdings ist eine deutliche Zunahme von multidimensional verknüpften Konfliktpotentialen wahrscheinlich. Gewaltsame Konflikte, militärische Interventionen und Kriege bleiben Bestandteil der globalen Änderungsprozesse, wobei sich die Formen und Mittel gewaltsamer Konfliktaustragungen ändern werden.

Militärpotentiale werden auch zukünftig die Machtverhältnisse im internationalen System maßgeblich bestimmen. An ihrer Funktion der Instrumentalisierung für politische Zwecke wird sich grundsätzlich nichts ändern. Allerdings werden sich auch hier die Formen der Instrumentalisierung und damit die Rolle von Streitkräften ändern.

Ob die Welt als Ganzes friedlicher oder weniger friedlich wird, bleibt offen. Die allgemeinen Entwicklungstendenzen rechtfertigen keinen übergroßen Optimismus. Vieles wird davon abhängen, ob der sich verschärfende globale Wettbewerb kooperativ oder konfrontativ ausgetragen werden wird. Die Perspektive einer Welt mit weniger Krieg und Gewalt wird sich nur eröffnen, wenn sich die Akteure des internationalen Systems ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft bewußt sind und dies in ihren Strategien realisieren.

Allgemeine Entwicklungstendenzen sind Tendenzen und keine Prognosen. Bestimmte Trends lassen sich relativ gut bestimmen und zeigen die Richtung systemischer Veränderungen. Unsicher bleibt dagegen, an welchen Zielen und Rationalitäten die Akteure im Rahmen dieser Veränderungen ihre Strategien orientieren. Völlig unkalkulierbar sind Zufälligkeiten. Die Zukunft bleibt deshalb grundsätzlich offen.

Quellen

Datengrundlage sind weit überwiegend die periodischen Veröffentlichungen unterschiedlicher Organisationen.

Dazu zählen insbesondere:

Zu Kapitel 1:

7. UN- Fund of Population Activities (UNFPA)

8. UN- Population Division (UNPD)

9. Population Reference Bureau/ Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

Zu Kapitel 2:

10. Weltbank: Weltentwicklungsbericht
11. International Monetary Fund: World Economic Outlook
12. World Trade Organization: Regionalism and the World Trading System
13. OECD: Economic Outlook
14. UN- Conference on Trade and Development (UNCTAD)
15. UN- Development Programme (UNDP)
16. The Economist Publication
17. Deutsche Bundesbank

Zu Kapitel 3:

18. World Ressource Institute
19. Weltbank
20. World Watch Institute
21. UN- Centre for Science and Technology and Development (UNCSTD)
22. UN- Food and Agriculture Organization (FAO)
23. UN- High Commissioner for Refugees ((UNHCR)

Zu Kapitel 4:

24. UN- Education, Scientific and Cultural Organization (UNESCO)
25. Freedom House: Freedom in the World
26. Amnesty International
27. The Economist Publications

Zu Kapitel 5:

28. Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)
29. International Institute for Strategic Studies (IISS)
30. Bonn International Center for Conversion (BICC)

Daten aus unterschiedlichen Quellen sind insbesondere zusammengestellt in:

31. Baratta v., Der Fischer- Weltalmanach. Zahlen, Daten, Fakten. (Jahresberichte), Frankfurt am Main
32. Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg): Globale Trends. Fakten, Analysen, Prognosen. Jahresbericht 1996 und 1998. Frankfurt am Main
33. Kidron, M. Segal. R: Der Fischer- Atlas zur Lage der Welt. Globale Trends auf einen Blick. Frankfurt am Main 1996.
34. Smith, D.: Der Fischer- Atlas Kriege und Konflikte, Frankfurt am Main 1997.

Literatur

Zur Thematik dieser zusammenfassenden Studie gibt es eine kaum noch überschauende Fülle von Un-

tersuchungen und Beiträgen. Die folgenden Angaben stellen deshalb lediglich eine exemplarische Auswahl dar:

- BECK, K. (Hrsg.): Perspektiven der Weltgesellschaft, 1998
- CREVELD v., M.: Die Zukunft des Krieges, 1998
- CZEMPIEL, E.-O.: Weltpolitik im Umbruch, 1991
- HUNTINGTON, S.P.: Der Kampf der Kulturen, 1996
- KAISER, K., SCHWARZ, H.-P. (Hrsg.): Die neue Weltpolitik, 1995
- KEEGAN, J.: A History of Warfare, 1993
- KENNEDY, P.: Aufstieg und Fall der großen Mächte, 1989
- KERBER, M.: Verteidigung, Wirtschaft und internationaler Status, 1993
- LINK, W.: Die Neuordnung der Weltpolitik, 1998
- MENZEL, U.: Globalisierung versus Fragmentierung, 1998
- PREYER, G.: Die globale Herausforderung, 1998
- ROTTE, R.: Das internationale System zwischen Globalisierung und Regionalisierung, 1996